

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

33. Jahrgang

Berlin, den 25. November 1966

A 22127 C

Nummer 47

### Die Finanzierung der Investitionen im Wohnungsbau 1966/67

*Die Finanzierungsaussichten im Wohnungsbau, der in einem hohen Grade zinsreagibel ist, können heute wegen der Ungewißheit über die zukünftige Wirtschaftspolitik nur alternativ beurteilt werden. Entsprechend der Alternativprognose, die an dieser Stelle in den „Grundlinien zur Wirtschaftsentwicklung 1967“<sup>1)</sup> aufgestellt worden ist, soll für das nächste Jahr zwischen einer Wirtschaftsentwicklung ohne stützende Maßnahmen (Variante A) und einer solchen mit konjunkturanregenden Maßnahmen (Variante B) unterschieden werden. Für die Variante B wird angenommen: spätestens Anfang 1967 gibt die Bundesbank durch eine Mindestreservesenkung rd. 2 Mrd. DM Bankenliquidität frei und senkt den Diskontsatz stark. Es ist zu erwarten, daß diese Maßnahmen die Kreditnehmer veranlassen würden, sofort verstärkt Darlehen nachzufragen, wenn sie mit weiteren ins Gewicht fallenden Zinssenkungen nicht rechnen können.*

Die restriktive Kreditpolitik der Bundesbank hat einen Anstieg des Kapitalmarktzinses — gemessen an der Rendite neuaufgelegter festverzinslicher Wertpapiere — von 6 % im Frühjahr 1964 auf 8,6 % im August dieses Jahres bewirkt. Die damit verbundene Verteuerung der Finanzierung von Investitionen im Wohnungsbau führte denn auch dazu, daß die Nachfrage nach Krediten nachließ; insgesamt genommen nahmen die neu zugesagten Hypotheken der Kapitalsammelstellen seit dem zweiten Halbjahr 1964 zunächst langsamer zu und gingen seit Jahresende 1965 sogar zurück. Diese Entwicklung wird sich zum Ende dieses Jahres voraussichtlich noch verstärken<sup>2)</sup>.

Die Auszahlungen der zugesagten Darlehen durch die Kapitalsammelstellen folgte der Entwicklung der Kreditzusagen in den letzten zwei Jahren mit einer Verzögerung von etwa einem halben Jahr. Dies war dadurch bedingt, daß die Hypotheken entsprechend dem Baufortschritt ausbezahlt werden. Da die Nachfrage nach Hypotheken im dritten Quartal 1966 rückläufig gewesen ist und diese Entwicklung im vierten Quartal anhalten dürfte, muß im ersten Halbjahr 1967 auf jeden Fall auch mit einem Rückgang der Auszahlungen aller Kapital-

sammelstellen gerechnet werden. Senkt jedoch die Bundesbank die Mindestreservesätze und den Diskont fühlbar (Variante B), so wird sich die hieraus resultierende Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt stimulierend auswirken, zunächst auf die Kreditnachfrage und im zweiten Halbjahr 1967 auch auf die Darlehensauszahlungen. Die Kapitalsammelstellen werden um so mehr Hypotheken auszahlen, je stärker die Maßnahmen ins Gewicht fallen und je eher die Kreditnachfrager davon überzeugt werden, daß in absehbarer Zeit nicht mit weiteren relevanten Zinssenkungen zu rechnen ist.

Eine Prognose der im kommenden Jahr zu erwartenden Darlehensauszahlungen setzt wegen des unterschiedlichen Passivgeschäftes und der divergierenden Anlageprinzipien der Kapitalsammelstellen jedoch voraus, daß jede Gruppe getrennt analysiert wird.

#### Pfandbriefinstitute und Sparkassen

Die Pfandbriefinstitute sind von der restriktiven Kreditpolitik am härtesten getroffen worden. Bereits die Ankündigung der Kuponsteuer hat im

<sup>1)</sup> Wochenbericht des DIW Nr. 45/46, 1966.

<sup>2)</sup> Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr: 1964: +19,0 vH; 1965 +8,1 vH; 1966: -7,0 vH (eigene Schätzung).

**Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen**  
Effektiver Aufwand

	1963	1964	1965	1966 <sup>6)</sup>	1967 <sup>8)</sup>	
					Variante	
					A	B
in Mrd. DM						
Pfandbriefinstitute 1) . . . . .	3,82	4,29	4,06	3,40	2,40	2,70
Sparkassen . . . . .	3,34	3,82	4,15	4,20	3,30	3,70
Bausparkassen 2) . . . . .	2,73	3,06	3,98	4,60	5,10	5,50
Private Versicherungen 3) . . . . .	1,28	1,47	1,78	2,20	2,40	2,10
I Kapitalsammelstellen . . . . .	11,17	12,64	13,97	14,40	13,20	14,00
II Öffentliche Hand 4) . . . . .	4,67	4,92	7) 4,90	4,80	4,80	4,80
III Sonstige Mittel 5) . . . . .	5,36	6,64	7) 6,73	7,80	8,00	8,20
(Bauspareinlagen) 6) . . . . .	2,10	2,52	2,82	3,30	3,70	4,00
IV Finanzierungsaufwand . . . . .	21,20	24,20	7) 25,60	27,00	26,00	27,00
Änderungen in vH des Vorjahres						
Pfandbriefinstitute 1) . . . . .	+ 5,2	+12,3	- 5,4	-16,3	-29,4	-20,6
Sparkassen . . . . .	+14,4	+14,4	+ 8,6	+ 1,2	-21,4	-11,9
Bausparkassen 2) . . . . .	+12,8	+12,1	+30,1	+15,6	+10,9	+19,6
Private Versicherungen 3) . . . . .	+26,7	+14,8	+21,1	+23,6	+ 9,1	+ 4,5
I Kapitalsammelstellen . . . . .	+11,9	+13,2	+10,5	+ 3,1	- 8,3	- 2,8
II Öffentliche Hand 4) . . . . .	+ 1,3	+ 5,4	7) - 0,4	- 2,0	± 0,0	± 0,0
III Sonstige Mittel 5) . . . . .	+60,5	+24,1	7) + 1,1	+16,1	+ 2,6	+ 5,1
(Bauspareinlagen) 6) . . . . .	+12,3	+20,5	7) +11,5	+17,0	+12,1	+21,2
IV Finanzierungsaufwand . . . . .	+ 7,1	+14,2	+ 5,8	+ 5,5	- 3,7	± 0

1) Öffentlich-rechtliche Pfandbriefinstitute, private Hypothekenbanken; einschl. durch Kommunalobligationen finanzierte Ib-Hypotheken. — 2) Bauspardarlehen und andere Kredite; Abschlag von 10 vH für nicht den Wohnungsbauinvestitionen zugeführte Mittel. — 3) Lebensversicherungen, Pensionskassen, Schaden-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherungen. — 4) Gebietskörperschaften, LAG, öffentliche Unternehmen. — 5) Eigenmittel, Mieterdarlehen, Forderungen der Bauunternehmer, Selbst- und Gemeinschaftshilfe, Bauspareinlagen. — 6) Ausgezählte Bauspareinlagen; einschl. Zinsgutschriften, erhaltene Bausparprämien, Abschlag von 40 vH für nicht den Investitionen zugeführte Mittel. — 7) Vorläufig. — 8) Eigene Schätzungen.

Frühjahr 1964 zu einem Anstieg des Kapitalmarktzinses geführt und die Institute gezwungen, bei den neu aufgelegten Pfandbriefen zunächst den Emissionskurs herabzusetzen und später auch den Nominalzins zu erhöhen. Infolgedessen mußten die Institute die Effektivverzinsung der von ihnen gewährten Hypotheken heraufsetzen. Wegen der großen Bedeutung, die der Zins als Kostenfaktor für das Mietenniveau hat, ging die Nachfrage nach Hypotheken bei den Pfandbriefinstituten zurück. Die Entwicklung wurde durch einen Substitutionsprozeß noch verstärkt. So paßten die Sparkassen und privaten Versicherungen die Konditionen der von ihnen gewährten Hypotheken zwar ebenfalls der Aufwärtsentwicklung des Kapitalmarktzinses an, doch konnten sie ihre Kredite zu günstigeren Bedingungen für den Bauherren anbieten und drängten auf diese Weise die Pfandbriefinstitute auf dem Hypothekenmarkt zurück.

Das Kreditpotential der Sparkassen wird durch den Bestand an Spareinlagen bestimmt, die Konditionen der von den Sparkassen gewährten Hypotheken sind damit an den jeweils herrschenden Spareinlagenzins gebunden. Da die Bundesbank zunächst den Diskontsatz nicht heraufsetzte, erhöhte sich auch nicht der Zins für Spareinlagen. Infolge-

dessen waren die Institute von der Kostenseite her nicht so stark wie die Pfandbriefinstitute gezwungen, die Effektivverzinsung der von ihnen gewährten Hypotheken zu erhöhen. Wegen des gestiegenen Kapitalmarktzinses waren sie somit in der Lage, die Konditionen der Pfandbriefinstitute zu unterbieten. Nur mit diesem Substitutionsprozeß läßt sich erklären, daß die Zusagen von Wohnungsbaukrediten der Sparkassen nach Ankündigung der Kuponsteuer noch gestiegen sind. Ende 1965 — nach der zweiten Diskonterhöhung — stagnierten dann auch die Zusagen der Sparkassen, seit Anfang 1966 liegen sie unter denen des Vorjahres.

Die privaten Versicherungen haben bei hohem Kapitalmarktzins ebenfalls eine günstigere Wettbewerbsposition als alle übrigen Institute. Ungefähr 90 vH aller von den privaten Versicherungen vergebenen Kredite zur Finanzierung von Wohnungsneubauten werden von den Pensionskassen und Lebensversicherungen gewährt. Die Mittel, die diesen Instituten für die Anlage zur Verfügung stehen, sind Prämieingänge, für deren Verzinsung heute überwiegend 3 % kalkuliert werden; dies gibt den Versicherungen, besonders bei hohem Zinsniveau, einen erheblichen Wettbewerbsvorsprung.

Wegen der stark rückläufigen Entwicklung der Kreditzusagen — sie wird bei Annahme der Variante A in den kommenden Monaten anhalten — werden sich die Darlehensauszahlungen der Pfandbriefinstitute 1967 voraussichtlich nur auf etwa 2,4 Mrd. DM belaufen. Demgegenüber kann bei Variante B mit zusätzlichen Auszahlungen in Höhe von 0,3 Mrd. DM gerechnet werden; auch in diesem Fall würden die gesamten Auszahlungen 1967 aber um rd. 20 vH unter denen des Jahres 1966 liegen.

Im zweiten Halbjahr 1966 dürften die Sparkassen 30 vH weniger Zusagen erteilt haben als im entsprechenden Zeitabschnitt von 1965. Hierdurch sind die Leistungen der Institute in den ersten Monaten des nächsten Jahres weitgehend festgelegt. Wird unterstellt, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen zu Beginn des kommenden Jahres keine expansiven Maßnahmen ergreifen (Variante A), so werden die Institute 1967 ungefähr 3,3 Mrd. DM auszahlen. In der Variante B dagegen können sich die Auszahlungen auf 3,7 Mrd. DM erhöhen.

**Bausparkassen und private Versicherungen**

Sowohl die Bausparkassen als auch die privaten Versicherungen haben in diesem Jahr mehr Darlehen zur Finanzierung von Wohnungsneubauten ausgezahlt als im Vorjahr.

Die Leistungen (Auszahlungen angesparter Beträge und Gewährung von Darlehen) der privaten und öffentlichen Bausparkassen zur Finanzierung

von Wohnungsneubauten werden 1966 um rd. 16 vH höher sein als im Vorjahr. Diese nochmalige Steigerung war möglich, weil bis Oktober verstärkt Bausparverträge abgeschlossen wurden, mit denen die Sparer den erwarteten Verschlechterungen der Bausparpräferenzen zuvorkommen wollten. Der hieraus resultierende ungewöhnlich hohe Mittelzufluß setzte die Institute in die Lage, ihre Auszahlungen weiterhin zu erhöhen. Dem stand auch in diesem Jahr eine steigende Nachfrage nach Krediten der Bausparkassen gegenüber.

Die von den Bausparkassen vergebenen Darlehen können nämlich einmal als nachstellige Kredite eingesetzt werden und sind somit komplementär zu den von anderen Kapitalsammelstellen gewährten I.Hypotheken. Sie werden aber auch als I.Hypothek verwendet und substituieren in diesem Fall Darlehen anderer Kapitalsammelstellen. Zwar werden sich mit dem Rückgang der Auszahlungen an I.Hypotheken auch die Auszahlungen nachstelliger Darlehen verringert haben, es muß aber angenommen werden, daß Bausparer in verstärktem Umfang die Bauspardarlehen wegen der günstigen Finanzierung an erster Stelle eingesetzt haben. Dieser Entwicklung sind jedoch Grenzen gesetzt, da es heute kaum noch möglich ist, die für die volle Finanzierung erforderliche Summe anzusparen.

Es muß allerdings bezweifelt werden, ob sich bei Annahme der Variante A der angeführte Substitutionsprozeß mit gleicher Intensität fortsetzen wird. Zudem werden die Auszahlungen nachstelliger Hypotheken zurückgehen, da weniger erststellige Hypotheken nachgefragt werden. Daher muß vermutet werden, daß die Leistungen der Bausparkassen im kommenden Jahr um nicht mehr als 12 vH steigen werden. In der Variante B (expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen) ist dagegen eine Zunahme um 20 vH und mehr zu erwarten, denn die Institute verfügen über ausreichende Mittel, um einer stark steigenden Nachfrage entsprechen zu können.

Die von den privaten Versicherungen erbrachten Leistungen zur Finanzierung von Investitionen im Wohnungsbau haben sich im Jahre 1966 mit 23,8 vH stärker erhöht als die aller anderen Kapitalsammelstellen. Der Grund hierfür muß einmal — wie

bereits ausgeführt — in der stärkeren Wettbewerbsposition der Versicherungen gegenüber den anderen institutionellen Trägern des Realkredites gesehen werden. Zum anderen erklärt sich der kräftige Anstieg aus der Anlagepolitik<sup>3)</sup> der Versicherungsunternehmen. Bei hohem Zins stellt sich zwar für die Versicherungen die Anlage in Schuldscheindarlehen günstiger als die Hypothekenvergabe. Wenn sie in Perioden eines hohen Kapitalmarktzinseszinses trotzdem mehr Hypotheken gewähren und weniger Schuldscheindarlehen absetzen, so kann dies nur mit einer nachlassenden Nachfrage nach Schuldscheindarlehen erklärt werden. Unter Ausnutzung ihres Wettbewerbsvorteils sind die Versicherungen auch diesmal verstärkt auf dem Markt für Wohnungsbaukredite als Anbieter aufgetreten.

Im kommenden Jahr werden die privaten Versicherungen — bei der geringer werdenden Bautätigkeit — die Darlehensauszahlungen voraussichtlich nicht in demselben Umfang steigern wie 1966 (Variante A). In Variante B werden die Institute wegen des sinkenden Zinssatzes und der zu erwartenden höheren Nachfrage nach Schuldscheindarlehen wahrscheinlich weniger Hypotheken gewähren als in diesem Jahr.

#### Zusammenfassung

Im Jahre 1967 dürften die Investitionen im Wohnungsbau gegenüber dem laufenden Jahr um 3,4 vH zurückgehen (Variante A). Soll dagegen der ‚günstigere‘ Fall realisiert werden (Variante B), dann setzt das eine erhebliche Senkung des Kapitalmarktzinseszinses voraus. Erst wenn die Zinssenkung so groß ausfällt, daß die Bauherren keinen weiteren Zinsfall erwarten, werden sie sofort neue Hypotheken nachfragen. Bis zum Anlaufen der so induzierten Wohnungsproduktion würde aber — aus institutionellen und technischen Gründen (Bearbeitungszeit usw.) — auf jeden Fall ein halbes Jahr vergehen. Immerhin könnte eine solche, gleich zu Anfang des nächsten Jahres eingeleitete Kreditpolitik sicherstellen, daß im kommenden Jahr wenigstens die Mittel vorhanden sind, die ausreichen, ein Investitionsvolumen wie 1966 zu finanzieren.

<sup>3)</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung im Wochenbericht des DIW Nr. 34/1966.

## Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in Mitteldeutschland

Die für die *Wohnungsbauinvestitionen* in Mitteldeutschland aufgewendeten Mittel haben sich seit 1960 in ihrer Höhe nur wenig verändert. Mit Ausnahme des Jahres 1962, in dem 2 Mrd. MDN für den

Wohnungsbau aufgewandt wurden, lagen sie bei rd. 1,8 Mrd. MDN jährlich. Es ist das Ziel der mitteldeutschen Wirtschaftsführung, Bauleistungen vornehmlich in produktionsexpansive Wirtschaftsbereiche

Daten zum mitteldeutschen Wohnungsbau

Jahr	Bauvolumen <sup>1)</sup>	Wohnungsbauinvestitionen <sup>2)</sup>	Anteil des Wohnungsbaus am gesamten Bauvolumen	Neugebaute und ausgebaute Wohnungen			ausgebaute u. umgebaute Wohnungen	Neugebaute Wohnungen			insgesamt geschaffene Wohnfläche <sup>3)</sup>	aufgewendete Mittel je qm neugeschaffener Wohnfläche <sup>4)</sup>
				Plan	Ist	Planerfüllung		insgesamt	in Montagebauweise errichtet	Anteil des Montagebaus		
	in Mill. MDN zu jeweiligen Preisen	in vH	Anzahl	in vH	Anzahl	Anzahl	in vH	in 1000 qm	MDN			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960	8 183	1 800	22	10 000	80 500	80,5	11 500	69 000	23 100	33	4 447	405
1961	8 433	1 855	22	94 000	5) 92 000	97,9	13 000	79 000	41 100	52	6) 5 063	7) 366
1962	8 787	2 000	22,8	90 000	87 200	96,9	11 200	76 000	49 400	65	4 867	411
1963	8 747	1 790	20,5	76 800	76 000	99	6 000	70 000	50 200	72	4 217	424
1964	9 431	1 830	19,4	77 000	76 600	99,5	5 600	71 000	56 900	80	4 017	456
1965	10 175	1 810	17,8	72 000	68 200	94,7	5 200	63 000	52 700	84	3 530	513

1) Ohne Herstellung und Montage von Stahlschwerkonstruktionen des Hoch- und Brückenbaus sowie ohne Architektenleistungen.— 2) Alle für den Wohnungsbau aufgewendeten Mittel, jedoch ohne Baureparaturen.— 3) Geschaffene Wohnfläche sowohl der neugebauten als auch der durch Ausbau und Umbau gewonnenen Wohnungen.— 4) Errechnet aus Spalte 2 und 11.— 5) Ab 1961 wurden statistisch nur noch die restlos fertiggestellten Wohnungen erfaßt, während davor alle bezogenen neuen Wohnungen gezählt worden sind; die Angaben für 1961 enthalten 7 873 Wohnungen, die schon 1960 bezogen worden sind.— 6) Hierin sind etwa 433 000 qm der schon 1960 bezogenen Wohnungen zuviel enthalten.— 7) Bei Minderung der Angabe der 1961 geschaffenen Wohnfläche um die zuviel ausgewiesenen 433 000 qm beträgt die Höhe der aufgewendeten Mittel je qm neugeschaffener Wohnfläche 401 MDN.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen aufgrund von Angaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

zu lenken. Der Anteil der Wohnungsbauinvestitionen am gesamten Bauvolumen ist daher kontinuierlich gesunken, mit 21 vH im Durchschnitt der Jahre seit 1960 war er nur knapp zwei Drittel so hoch wie in der Bundesrepublik (rd. 35 vH).

Ein Vergleich der Wohnungsbauleistungen in beiden Teilen Deutschlands zeigt, daß in Mitteldeutschland nominal insgesamt 7 vH und je Einwohner gerechnet 24 vH der westdeutschen Leistungen erbracht worden sind. Bei Ausschaltung der Unterschiede im Preisniveau gestaltet sich die Relation für Mitteldeutschland jedoch günstiger, da die Wohnungsbaupreise in den letzten Jahren unter das westdeutsche Niveau gefallen sind. Dies ist sowohl auf niedrigere Löhne und subventionierte Preise für Baumaterialien als auch darauf zurückzuführen, daß vom zunehmenden Fertigbau Kosteneinsparungen ausgehen. So zeigt denn auch eine Gegenüberstellung der 1965 gebauten Wohnungen je 1000 Einwohner für Mitteldeutschland mit 4,0 ein günstigeres Bild (Bundesrepublik: 9,9), als es der Relation der nominalen Bauvolumina entspricht. Da aber die Durchschnittsgröße der in Mitteldeutschland gebauten Wohnungen mit 52 qm erheblich geringer ist als in Westdeutschland (78 qm), beträgt die je Einwohner neugeschaffene Wohnfläche 27 vH der westdeutschen, wobei ein geringerer Ausstattungsgrad der mitteldeutschen Wohnungen vermutet werden darf.

Für den Zeitraum des ersten Siebenjahrplanes (1959 bis 1965) war ursprünglich der Bau von 772 000 Wohnungen — das sind 110 000 pro Jahr — festgelegt worden. Da die mitteldeutsche Wirtschaftsführung jedoch schon sehr bald erkannt hatte, daß dieses Ziel bei weiterer vorrangiger Entwicklung des Industriebaus und des Tiefbaus zu hoch angesetzt war, wurden die Planvorgaben in

den folgenden Jahresplänen mehr und mehr zurückgesetzt. Aber auch die reduzierten Planziele konnten nie voll erreicht werden (1965: 95 vH); zum Teil haben sich hier auch Mängel in der Versorgung mit Baumaterialien ausgewirkt.

Die negativen Einflüsse, die von der angespannten Arbeitskräftesituation herrühren, konnten dagegen durch den verstärkten Übergang zur Montagebauweise weitgehend ausgeglichen werden. 1965 wurden schon 84 vH aller Wohnungen im Montagebau errichtet; 1960 war es ein Drittel. Diese Entwicklung hat Bauzeiten und Baupreise günstig beeinflußt. So konnten die durchschnittlichen Bauzeiten seit 1960 von knapp 18 auf 12 Monate gesenkt werden; demgegenüber beansprucht das traditionelle Bauen heute im Durchschnitt über 19 Monate. Die Preise für Montagebauten werden für 1965 um 13 vH niedriger angegeben als die Preise der traditionellen Bauweise; besonders günstige Typenprojekte erfordern nach mitteldeutschen Angaben nur etwa 80 vH der Kosten der traditionellen Bauweise. Bezogen auf den qm neugeschaffener Wohnfläche sind die Wohnungsbaupreise in den letzten Jahren aber auch in Mitteldeutschland gestiegen; mit 513 DM je qm lagen sie 1965 um ein Viertel über denen des Jahres 1960. Ein Teil dieser Zunahme erklärt sich aus der von den Planungsbehörden herbeigeführten Verringerung der durchschnittlichen Wohnungsgröße sowie der verbesserten Ausstattung der Wohnungen. Von den 1965 neugebauten Wohnungen weisen bereits 42 vH Zentralheizung (1960: 9 vH), 77 vH Warmwasserversorgung (1960: 17 vH) und 85 vH Einbauküchen (1960: 26 vH) auf. Darüber hinaus wurden in größeren Baukomplexen in steigendem Umfang Gemeinschaftseinrichtungen, wie Kinderkrippen und Waschstationen, geschaffen. Bei Ausschaltung dieser strukturellen und quali-

**Die Wohnungsversorgung in Mitteldeutschland nach Bezirken**  
Stand: Jahresende 1965

Bezirk	Bestand <sup>1)</sup>	Bedarf	Rechnerisches Wohnungsdefizit (-) bzw. -überschuß (+) <sup>2)</sup>		Wohndichte <sup>3)</sup>	Wohnungsbestand nach Baujahrsgruppen <sup>4)</sup>		
			absolut	in vH des Bestandes		vor 1919	1919-1945	nach 1945
						Anteile in vH des Gesamtbestandes		
in 1000 Wohnungen								
Ost-Berlin . . .	478	449	+24	+ 5,1	2,2	56	25	19
Rostock . . .	236	266	-30	-12,7	3,4	53	20	27
Schwerin . . .	179	191	-12	- 6,7	3,2	62	19	19
Neubrandenburg	190	199	- 9	- 4,7	3,2	57	18	25
Potsdam . . .	381	384	- 3	- 0,8	2,9	50	35	15
Frankfurt . . .	224	222	+ 2	+ 0,9	2,9	47	29	24
Cottbus . . .	280	281	- 1	- 0,4	2,9	48	26	26
Magdeburg . . .	444	457	-13	- 2,9	2,9	66	20	14
Halle . . .	634	668	-34	- 5,4	3,0	59	24	17
Erfurt . . .	395	420	-25	- 6,3	3,1	65	21	14
Gera . . .	248	251	- 3	- 1,2	2,9	65	19	16
Suhl . . .	179	187	- 8	- 4,5	3,0	61	25	14
Dresden . . .	648	676	-28	- 4,3	2,8	64	22	14
Leipzig . . .	525	545	-20	- 3,8	2,8	65	22	13
Chemnitz . . .	759	757	+ 2	+ 0,0	2,7	67	21	12
Insgesamt . . .	5 795	5 953	-158	- 2,7	2,9	60	23	17

<sup>1)</sup> Fortgeschriebener Bestand der Wohnungszählung vom 15. 3. 1961, die Abgänge wurden in ihrer Verteilung auf die Bezirke geschätzt. — <sup>2)</sup> Gegenüberstellung von Wohnungsbestand und rechnerischem Wohnungsbedarf. — <sup>3)</sup> Zahl der Personen je Wohnung. — <sup>4)</sup> Fortschreibung der für 1961 ausgewiesenen Wohnungsbestände nach Baujahrsgruppen, wobei zwei Drittel der Abgänge den vor 1919 gebauten Wohnungen und ein Drittel der Abgänge vom Bestand der zwischen 1919 und 1945 gebauten Wohnungen abgerechnet wurden.  
Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR; Statistische Praxis 1966, Heft 6, S. 245/246.

tativen Faktoren dürften die Wohnungsbaupreise seit 1960 um knapp 10 vH gestiegen sein.

Trotz der im Vergleich zur Bundesrepublik geringeren Wohnungsbauinvestitionen bietet die *Wohnungsversorgung* in Mitteldeutschland insgesamt gesehen durchaus kein ungünstiges Bild<sup>1)</sup>. Mit 5,9 Millionen Wohnungen (einschl. 60 000 Wohnungen in Nichtwohngebäuden) kamen 1965 in Mitteldeutschland auf 100 Wohnungen durchschnittlich 294 Personen, in der Bundesrepublik dagegen 315 Personen.

Aus der Gegenüberstellung von Wohnungsbestand und Wohnbedarf<sup>2)</sup> errechnet sich 1965 für Mitteldeutschland ein Defizit von nur 158 000 Wohnungen. Eine differenziertere Betrachtung zeigt aber, daß die Wohnungsversorgung in den einzelnen Bezirken noch recht unausgeglichen ist. Ost-Berlin weist zwar einen beachtlichen rechnerischen Überschuß von mehr als 24 000 Wohnungen auf. Da aber eine größere Anzahl von Wohnungen für Nicht-Wohnzwecke genutzt wird, dürfte sich die tatsächliche Versorgung wesentlich ungünstiger stellen. Die Bezirke Frankfurt und Chemnitz gelten als wohnwirtschaftlich gerade „ausgeglichen“. Für alle übrigen Bezirke ergibt sich ein Wohnungsdefizit. Als besonders schlecht mit Wohnungen versorgte Bezirke sind Halle, Rostock und Dresden mit Defiziten von je etwa 30 000 Wohnungen sowie Erfurt und Leipzig mit einem Bedarf von je etwa 20 000 Wohnungen zu nennen. Bezieht man das Wohnungsdefizit auf den Wohnungsbestand, so haben die Bezirke Rostock (12,7 vH), Schwerin (6,7 vH), Erfurt (6,3 vH) sowie Halle (5,4 vH) und Neubrandenburg (4,7 vH) die höchsten relativen Defizite. Nur geringe Defizite mit weniger als 1 vH sind dagegen für Cottbus und

Potsdam festzustellen.

Ähnlich unterschiedlich dürfte die Versorgung hinsichtlich der Wohnungsgröße sein; amtliche Angaben liegen hierzu jedoch nicht vor. Nach überschlägigen Berechnungen unter Fortschreibung der Wohnungsbestände von 1961 ist jedoch zu vermuten, daß bei den Einraumwohnungen ein rechnerisches Defizit von mehr als 300 000 Wohnungen vorliegt, bei Mehrraumwohnungen dürfte das Angebot dagegen den Bedarf übersteigen.

Einen Anhaltspunkt für die ungleichmäßige Wohnungsversorgung gibt auch die Wohndichte (Personen je Wohnung). Sie liegt zwischen 2,2 (Ost-Berlin) und 3,4 (Rostock), wobei Dichteziffern von 3 und mehr bei den Bezirken mit den relativ größten Wohnungsdefiziten zu finden sind; allerdings zeigen Dresden und Leipzig bei hohen Defiziten nur eine Wohndichte von 2,8, weil diese beiden Bezirke neben Ost-Berlin den größten Anteil an Einpersonenhaushalten und mit 2,4 Personen die kleinste durchschnittliche Haushaltsgröße aufweisen.

In den zurückliegenden Jahren ist keinesfalls immer in den Bezirken am meisten gebaut worden, wo die Wohnungsdefizite seither schon am größten waren. So wurden seit 1961 in den Bezirken Cottbus, Frankfurt und Ost-Berlin im Verhältnis zur

<sup>1)</sup> Vgl. auch Klaus Dieter Arndt, „Wohnverhältnisse und Wohnungsbedarf in der sowjetischen Besatzungszone“, Sonderhefte des DIW, Neue Folge Nr. 50.

<sup>2)</sup> Der Wohnungsbedarf läßt sich als rechnerische Größe anhand aller Mehrpersonenhaushalte und eines Teiles der Einpersonenhaushalte (in der BRD 50 vH, in Großstädten 60 vH und in Berlin 75 vH) bestimmen. Da jedoch in Mitteldeutschland der Anteil der älteren Personen, die vornehmlich in Einpersonenhaushalten leben, relativ größer ist als in der BRD und auch ein hoher Bestand an Teilfamilien — entstanden durch Flucht-bewegungen oder die Zerschlagung von Familienbetrieben (z. B. in der Landwirtschaft) — besteht, muß der Wohnungsbedarf mit einem höheren Anteil, und zwar 60 vH der Einpersonenhaushalte (Ost-Berlin 75 vH) angesetzt werden.

Zahl der Haushalte die meisten Wohnungen gebaut, obwohl gerade hier die Wohndichten relativ gering waren. Dagegen fallen Bezirke mit einer höheren Wohndichte, wie Halle, Erfurt, Suhl und auch Dresden und Leipzig, mit einem relativ geringeren Anteil an Neubauwohnungen auf. Die Erklärung hierfür ist darin zu sehen, daß sich der Wohnungsbau angesichts der begrenzten verfügbaren Mittel überwiegend dort konzentriert hat, wo mit der Errichtung von Industrieschwerpunkten ein akuter zusätzlicher Wohnungsbedarf aufgetreten ist (Schwedt, Eisenhüttenstadt, Halle-West). Daneben haben sicherlich Repräsentationsgründe (z. B. Ost-Berlin) eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Diese Wohnungsbaupolitik ist auch in diesem Jahr beibehalten worden, denn der Volkswirtschaftsplan 1966 sieht eine starke Konzentration des Wohnungsneubaus auf Industrieschwerpunkte, wichtige Gebiete der Landwirtschaft sowie die Zentren von Ost-Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz und Halle-West vor.

Es ist zu erwarten, daß das globale Wohnungsdefizit Ende 1968 gedeckt sein wird. Die mitteldeutschen Planungsinstanzen werden sich deshalb der Beseitigung der bezirklichen Unterschiede wie auch zunehmend der Deckung des laufend wachsenden Ersatzbedarfs zuwenden können. Über 60 vH des Wohnungsbestandes entfielen 1965 noch auf Wohnungen, die vor 1918 errichtet worden sind

(Bundesrepublik: 35 vH); nur in den durch Neubauten begünstigten Bezirken Frankfurt und Cottbus liegt dieser Anteil bereits unter 50 vH. Demgegenüber ist der Anteil der nach 1945 gebauten Wohnungen mit knapp 17 vH wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik, dort sind allein 46 vH des Bestandes nach 1948 entstanden. Längerfristige Aufgabe der mitteldeutschen Wohnungsbaupolitik wird deshalb eine allgemeine Modernisierung des Wohnungsbestandes sein.

Zunächst erscheint es jedoch als dringender, die immer stärker sichtbar werdenden Schäden an den — überwiegend noch in Privatbesitz befindlichen — Altbauten zu beseitigen. Wegen der niedrigen Mieten kann Abhilfe von den Besitzern in nennenswertem Umfang nicht erwartet werden. Auch den propagierten „Selbsthilfeaktionen“ der Mieter dürfte nur beschränkter Erfolg beschieden sein. Da Mieterhöhungen ausgeschlossen werden, bleibt den mitteldeutschen Planungsinstanzen somit nur der Ausweg, die Baureparaturen mit verstärkter Hilfe des Staatshaushalts voranzutreiben. Infolge dringend notwendiger Verbesserungen in allen Bereichen der Infrastruktur (Straßenbau, Verkehr usw.) werden entsprechende Maßnahmen wahrscheinlich vorübergehend zu Lasten der Neubauten gehen müssen. Angesichts des bedrohlichen Vermögensverfalls sind sie jedoch unerläßlich.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hüb,  
Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler  
Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, mit der Vertretung beauftragt; Klaus Henkner, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G.m.b.H., Abt. Buchdruckerel, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9.—

Gegenstand *)	Einheit †)	1965					1966									
		August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	
Anzahl der Arbeitstage		22,8	22,8	22,0	21,4	22,8	21,5	20,8	23,8	20,7	20,8	21,2	22,0	23,7	22,8	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	3728	3255	3467	4074	4786	3768	4013	3679	3581	4646	4089	4613	4997	4011
Kreditbanken	"	"	70972,5	71995,2	71775,8	71871,9	74008,8	73304,2	73773,7	75122,7	75585,8	76021,3	77319,0	77235,0	76858,8	
an Wirtschaft u. Private	"	"	59095,6	60139,6	59764,6	59493,5	61428,9	60603,5	61311,0	62667,2	63259,3	63416,6	64684,8	64828,5	64448,4	
kurzfristige Kredite	vH	"	62,0	62,2	61,8	61,4	62,3	61,7	61,9	61,9	61,9	61,6	61,9	61,1	60,4	
dar. Wechselkredite	"	"	26,4	25,5	25,6	25,6	27,1	26,0	25,7	25,6	25,5	25,0	24,1	24,0	23,8	
mittelfristige Kredite	"	"	17,3	17,2	17,3	17,5	17,0	17,3	17,2	17,6	17,5	17,9	18,0	18,6	19,0	
langfristige Kredite	"	"	20,7	20,6	20,9	21,1	20,7	21,0	20,9	20,5	20,6	20,5	20,1	20,3	20,6	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2651,7	2671,3	2691,2	2760,9	2688,9	2745,5	2794,3	2811,8	2856,0	2862,1	2877,5	2836,4	2830,3	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	9225,2	9184,3	9320,0	9617,5	9891,0	9952,2	9668,4	9643,7	9470,5	9742,6	9756,7	9570,1	9580,1	
Öbrige Kreditinstitute 1)	"	"	224021,8	226592,1	229100,3	231347,3	234197,6	235814,1	238011,4	240365,4	242276,8	244189,6	246639,4	247499,0	249162,4	
an Wirtschaft u. Private	"	"	154419,3	156507,2	158157,1	159865,0	161931,9	162587,0	164049,8	166032,0	167642,0	169205,9	171340,0	171782,7	172785,9	
kurzfristige Kredite	vH	"	17,0	17,5	17,4	17,2	17,6	17,4	17,5	17,8	17,9	17,9	18,5	18,2	18,0	
dar. Wechselkredite	"	"	6,0	6,1	6,1	6,1	6,1	6,0	6,1	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5	6,5	
mittelfristige Kredite	"	"	9,0	9,0	9,0	9,1	9,1	9,0	9,0	9,1	9,2	9,3	9,3	9,3	9,3	
langfristige Kredite	"	"	74,0	73,5	73,6	73,7	73,3	73,6	73,5	73,1	72,9	72,8	72,2	72,5	72,7	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	41095,8	41450,9	42283,4	42831,1	43923,2	44792,7	45411,5	45601,4	45893,0	46252,3	46555,5	47022,1	47634,3	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	28506,9	28634,0	28659,8	28651,2	28342,5	28434,4	28550,1	28732,0	28741,8	28731,4	28743,9	28694,2	28742,2	
<b>Bargeldumlauf und Bank-</b>																
<b>einlagen 12)</b>																
Bargeldumlauf außerhalb der	Mill. DM	E	29208	29453	29658	30036	29556	28877	29518	29787	30414	30221	30467	31492	30564	31100
Kreditinstitute	"	"	74450	74714	74574	76068	78960	76141	76551	76543	75759	77886	78982	77999	79747	78575
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 11)	"	"	57037	56228	58076	59588	61932	59646	59587	58415	60428	61033	60993	61466	62389	61081
von Wirtschaft und Privaten	vH	"	72,4	72,6	72,5	72,8	71,5	69,6	69,0	69,3	69,5	69,8	70,0	69,4	68,9	68,2
Sichteinlagen	"	"	27,6	27,4	27,5	27,2	28,5	30,4	31,0	30,7	30,5	30,2	30,0	30,6	31,1	31,8
von deutschen öffentl. Stellen 11)	Mill. DM	"	17413	18486	16498	16480	17028	16495	16964	18128	15331	16853	17989	16533	17089	17494
Sichteinlagen bei Kreditinst.	vH	"	27,4	26,8	26,7	30,8	34,6	28,1	29,0	26,7	29,3	29,9	30,5	27,4	27,6	28,0
außerh. d. Zentralbanksystems	"	"	16,0	23,3	19,6	14,7	12,7	16,0	17,8	25,2	14,7	16,8	19,8	16,8	14,3	14,3
Sichteinlagen beim ZBS 11)	"	"	56,6	49,9	53,7	54,5	52,7	55,9	53,2	48,1	56,0	53,3	49,7	55,8	58,1	57,7
Termineinlagen	Mill. DM	"	303	430	216	159	63	320	259	185	129	82	163	205	215	239
ERP-Sondervermögen	"	"	102744	103574	104876	105452	109758	111491	112807	113451	114443	115187	116677	117285	118266	118884
Spareinlagen	"	"														
<b>Deutsche Bundesbank</b>																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	28812,2	29196,4	29374,4	29574,9	29718,5	29072,7	28838,9	28806,3	28467,5	28067,7	28838,5	29629,9	29455,4	29498,2
Gold	"	"	17260,4	17294,4	17351,8	17357,8	17371,1	17372,2	17356,1	17339,2	17339,2	16977,1	16970,7	16938,9	16919,7	16910,7
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	10930,1	11265,1	11337,6	11481,8	11455,2	10801,8	10553,9	10475,7	10084,7	10014,6	10852,6	11673,5	11574,0	11613,2
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	621,7	636,9	685,0	735,3	892,2	898,7	916,9	991,4	1043,6	1076,0	1015,2	1017,5	961,7	974,3
<b>Wertpapiermarkt</b>																
Absatz an festverz. Schuldver-	Mill. DM	S	1213,9	824,1	1380,3	1358,5	1315,2	2070,4	1102,2	1223,0	802,0	640,2	701,0	1035,7	707,3	695,1
schreibungen und Aktien 2)	vH	"	19,4	36,1	25,1	21,8	26,6	23,8	19,0	17,4	20,3	36,4	30,3	21,4	28,4	33,7
Pfandbriefe	"	"	21,1	29,8	11,2	18,3	18,3	19,9	24,9	15,9	26,0	32,9	28,7	31,3	33,6	
Kommunalobligationen	"	"	5,0	7,0	23,6	25,6	16,4	19,8	19,7	27,3	1,6	1,0	1,7	4,4	1,8	3,0
Öffentliche Anleihen	"	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Industrieobligationen	"	"	44,9	12,8	16,0	5,2	18,3	17,3	19,8	7,6	28,2	22,5	29,2	19,5	19,2	6,5
Aktien 3)	31.12.53	"	511	511	496	483	476	491	499	494	485	467	442	414	417	429
Kursdurchschnitt 3)	"	"	113,69	113,14	110,58	110,32	110,36	110,55	110,64	110,57	109,16	107,24	105,38	101,98	102,26	104,09
5%ige Pfandbriefe, steuerfrei	vH	"	91,23	90,44	88,78	88,46	88,40	88,67	88,49	88,32	86,88	85,08	83,16	82,07	81,42	81,81
6%ige Pfandbriefe, tarifbesteuert	"	"	90,67	89,50	88,23	87,68	87,53	87,33	87,50	87,32	85,93	84,38	82,43	81,23	80,98	81,69
<b>Finanzen</b>																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern	Mill. DM	S	6717,3	10247,9	6381,4	6540,3	11893,2	7329,8	5736,8	10604,6	6230,9	6528,1	11268,5	○) 6619,1	6822,3	10745,5
des Bundes und der Länder 5)	"	"	1998,9	6240,5	2026,7	1915,0	7309,1	2701,5	○) 1402,7	6387,8	2036,8	2075,1	6723,3	○) 2338,0	2177,7	6477,2
Einkommen- u. Körperschaftst. 6)	"	"	1445,3	1551,7	1652,4	1581,6	1867,7	1970,0	○) 1269,7	977,3	1299,1	1316,7	1326,4	○) 1684,1	1672,6	1808,9
Lohnsteuer	"	"	245,1	2926,5	210,8	192,1	3429,6	417,7	324,8	3465,1	534,2	487,7	3404,2	○) 369,0	231,7	3106,0
Veranl. Einkommenst.	"	"	86,5	1729,6	94,5	96,8	1957,3	163,7	133,3	1439,2	105,5	132,4	1725,0	○) 123,4	19,9	1507,3
Körperschaftsteuer	"	"	2154,8	1939,1	2181,8	2155,8	2222,6	2550,6	1753,9	1771,6	2145,7	2039,4	2082,4	○) 2130,9	2071,7	2045,4
Umsatzsteuer	"	"	1719,9	1695,8	1725,5	1564,3	1849,6	1564,0	1324,3	1861,4	1510,8	1509,9	1957,9	○) 1649,4	1673,5	1718,5
Zölle und Verbrauchsst.	"	"	303,2	33,2	68,1	259,0	56,8	35,2	313,6	41,7	54,9	296,5	25,8	○) 45,7	291,1	21,3
Lastenausgleichsabgaben 7)	"	"														
<b>Außenhandel</b>																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	5499	6169	○) 6265	6338	6423	5786	5587	6739	5906	6166	6176	5911	5796	5928
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5189	5922	6331	6229	7070	5970	5960	7027	6806	6580	6832	6149	6910	
Saldo 8)	"	"	-310	-247	○) +66	-109	+647	+184	+373	+288	+331	+640	+404	+921	+353	+982
Einfuhrvolumen 9)	○) 5390	"	○) 6035	○) 6123	○) 6213	○) 6301	○) 6301	○) 5575	○) 5412	○) 6125	○) 5646	○) 5886	○) 5989	○) 5728	○) 5642	5801
Ausfuhrvolumen 9)	○) 5096	"	○) 5845	○) 6241	○) 6091	○) 6859	○) 5777	○) 5809	○) 6858	○) 6039	○) 6633	○) 6471	○) 6596	○) 5924	6736	
Terms of Trade 10)	1962=100	D	○) 99,8	○) 99,1	○) 99,1	○) 100,3	○) 101,2	○) 99,5	○) 99,4	○) 97,7	○) 98,8	○) 97,9	○) 98,6	○) 100,4	○) 101,1	100,4
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1409	1519	1544	1674	1716	1402	1301	1694	1449	1442	1386	1371	1434	1420
Rohstoffe	"	"	949	960	914	955	1004	1042	943	1098	934	1041	1009	1009	978	932
Halbwaren	"	"	847	906	910	899	928	825	809	944	840	905	932	946	892	898
Fertigwaren	"	"														

Gegenstand	Gebiet	Einheit†)	1965						1966								
			Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Anzahl der Werktage			23,0	22,8	22,8	22,0	21,4	22,8	21,5	20,8	23,8	20,7	20,8	21,2	22,0	23,6	20,8
<b>Verkehrsindizes</b>																	
Personenverkehr, kalendertägl.																	
Dtsch. Bundesbahn, bef. Pers.	BRD	1962 = 100	TD	95	91	100	93	94	89								
Straßenbahnen, " " "	"	"	"	78	70	82	83	86	86	79	83	81	79	79	76	73	
Omnib., Ortslinien, " " "	"	"	"	102	97	108	110	117	117	111	117	109	106	107	104	99	
Überlandl., " " "	"	"	"	118	115	130	131	142	134	138	145	130	129	129	129	117	
Gelegenheit " " "	"	"	"	143	128	140	107	72	64	57	67	71	65	118	149	139	
Güterverkehr, kalendertäglich																	
Eisenbahnen, bef. Güter . . .	BRD	1962 = 100	TD		105			111		94	100	102	96	98	106		
Binenschiffahrt, " " "	"	"	"	122	122	128	121	118	102	90	107	126	123	127	138		
Seeschiffahrt, Güterumschlag	"	"	"	120	126	126	125	119	130	126	125	129	128	123	126		
Fernverk. m. Lkw <sup>1)</sup> , bef. Güter	BRD	"	S	124	126	134	135	125	114	104	106	134	117	126	131		
Nachrichtenverkehr <sup>2)</sup> . . . . .	BRD	"	S	105	103	109	109	119	127	110	105	119	114	108	106	100	103
Deutsche Seefrachten . . . . .																	
Linienfahrt . . . . .	BRD	2.Hj.54=100	D	143	142	143	144	144	145	147	147	148	147	147	148	149	149
Trampfahrt . . . . .	"	"	"	84	86	89	89	89	93	90	91	89	85	78	76	72	73
Tankerfahrt . . . . .	"	Mot/Sc.=100	"	41	57	44	59	78	102	102	77	53	39	41	39	34	52
<b>Verkehrsleistungen</b>																	
Personenverkehr																	
Dtsch. Bundesbahn <sup>3)</sup> , bef. Pers.	BRD	1000	S	92590	88414	94140	90504	88295	86400	97633	88760	79019	84560	86400	79726	85505	78190
Pkm . . . . .	"	Mill.	"	4407	4028	3293	2987	2679	3096	2740	2604	2587	2760	3407	3306	3961	3713
Straßenbahnen <sup>4)</sup> , bef. Pers.	"	1000	"	210992	190600	214447	225657	226078	232300	214465	204500	220700	208100	214800	200600	198999	179035
Pkm . . . . .	"	Mill.	"	1008	915	1024	1081	1086	1107	1034	991	1074	1013	1046	972	968	877
Omnibuse <sup>5)</sup> , bef. Pers.	"	1000	"	293426	280800	306332	317578	328748	328500	325099	308300	313100	297500	311400	298600	287302	275191
Pkm . . . . .	"	Mill.	"	3982	3712	3823	3824	2949	2846	2867	2776	2922	2897	3672	3947	3902	3617
Luftfahrt <sup>6)</sup> , Fluggäste . . . . .	BRD	1000	"	1616	1653	1683	1481	975	1000	1029	879	1125	1315	1673	1704	1786	1808
Güterverkehr																	
Dtsch. Bundesb. <sup>7)</sup> , bef. Güter	BRD	1000 t	S	26957	26384	27236	29817	28695	26673	23827	22979	25048	23871	25026	26144	25515	25184
Tarif-tkm	"	Mill.	"	5325	5094	5325	5573	5196	5093	4619	4399	5225	4643	4813	5080	4959	4952
Güterwagengestellg.	"	1000	"	1580	1502	1589	1702	1609	1494	1352	1323	1541	1362	1413	1451	1419	1404
Binenschiffahrt <sup>8)</sup> , bef. Güter	"	1000 t	"	17809	17782	18092	17646	16647	14871	13127	14087	18338	17525	18509	19475	18051	
tkm	"	Mill.	"	4058	4053	4077	3859	3587	3217	2991	3141	3946	3755	4010	4286	3961	
Seeschiffahrt <sup>9)</sup> , bef. Güter	"	1000 t	"	8692	9140	8789	8996	8303	9358	9115	8145	9282	8949	8910	8821	8963	
Fernverk. m. Lkw <sup>1)</sup>	BRD	"	"	11303	11594	12260	12306	11463	10448	9530	9705	12278	10749	115-8	12004		
Tarif-tkm	"	Mill.	"	2842	2765	2976	3009	2853	2604	2418	2439	3045	2633	2814	2919		
Luftfahrt <sup>6)</sup> , Fracht und Post	"	t	"	21578	19738	23087	23979	23098	26328	22083	22326	27556	25539	26488	26807	25980	24484
Nachrichtenverkehr																	
Briefsendungen . . . . .	BRD	Mill.	S	753	743	823	819	876	1001	747	694	971	790	741	720	701	712
Paketsendungen . . . . .	"	"	"	22	20	25	27	34	42	21	22	30	23	23	20	21	24
Telefongespräche . . . . .	"	"	"	530	510	513	509	577	548	592	591	485	602	578	578	522	548
Neuzulassgn. v. Kraftfahrzeugen dar. Personenkraftwagen <sup>10)</sup>	BRD	Stück	S	139156	109787	146165	160111	131424	115936	109483	141223	239808	181681	166561	151543	131462	107639
	"	"	"	122066	94535	127210	139811	114876	99881	96057	123139	212228	161568	147406	133121	115697	93503
<b>Einzelhandelsumsätze</b>																	
Gesamter Einzelhandel . . . . .	BRD	1962 = 100	S	128,1	111,8	119,2	132,4			109,1	108,8	132,7	155,7	153,1	122,3	131,1	120,4
Nahrungs- und Genußmittel . . .	"	"	"	130,4	120,4	120,0				110,2	112,6	128,3	158,9	143,9	127,3	133,3	127,4
Bekleidung und Wäsche . . . . .	"	"	"	127,4	92,1	112,2				105,3	98,7	124,6	162,2	160,2	109,5	129,6	102,4
Hausrat und Wohnbedarf . . . . .	"	"	"	127,9	120,6	128,9				105,6	104,8	132,3	160,9	175,4	123,3	135,4	134,0
Übriger Einzelhandel . . . . .	"	"	"	125,2	114,2	120,9				111,9	113,6	145,3	145,0	144,3	126,0	127,9	124,7
<b>Grundstoffpreise</b>																	
Grundstoffe insgesamt . . . . .	BRD	1958 = 100	D	105,4	106,2	106,8	107,3	107,4	107,7	108,1	109,1	108,5	108,6	107,6	108,2	108,1	107,3
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	107,2	108,1	108,9	109,4	109,4	109,7	110,0	111,0	110,4	110,5	109,9	109,9	110,0	109,1
ausländischer	"	"	"	95,0	95,0	94,8	95,2	95,7	96,2	97,3	97,9	97,3	96,6	97,0	97,0	96,4	95,1
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	108,8	110,4	111,7	112,3	112,1	112,2	112,2	113,7	112,3	111,8	109,9	110,6	111,5	111,5
industrieller	"	"	"	103,2	103,5	103,6	104,0	104,2	104,8	105,4	106,0	106,0	106,4	106,0	106,2	105,8	104,5
<b>Erzeugerpreise</b>																	
Industrienerzeugnisse insgesamt	BRD	1962 = 100	D	104,1	104,2	104,4	104,7	104,6	104,8	105,3	105,7	105,9	106,2	106,2	106,1	106,2	105,8
Grundst.- und Prod.-güterind.	"	"	"	102,2	102,3	102,4	102,6	102,4	102,8	103,5	104,5	104,4	104,3	104,1	103,8	103,5	102,1
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	104,8	104,7	104,9	105,0	105,0	105,1	105,4	105,7	106,0	106,9	107,2	107,3	107,3	107,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	106,0	106,3	106,6	106,9	107,0	107,2	107,7	108,1	108,3	108,6	108,7	108,8	109,1	109,1
Nahrungs- u. Genußmittellind.	"	"	"	103,3	103,7	104,1	104,4	104,4	104,6	107,0	105,3	105,5	105,5	105,6	105,9	106,0	106,0
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	61/62 = 62/63 = 100	"	113,4	112,8	114,3	115,0	116,0	117,0	115,6	115,2	114,8	115,0	111,9	113,7	113,4	111,1
<b>Einzelhandelspreise</b>																	
Insgesamt . . . . .	BRD*)	1958 = 100	D	117	116	116	116	116	117	118	118	119	119	119	119	119	119
Lebensmittel . . . . .	"	"	"	118	116	115	115	116	117	118	118	119	119	120	119	119	117
Textilwaren und Schuhe . . . . .	"	"	"	113	113	114	114	115	115	115	115	116	116	116	116	117	117
Hausrat und Wohnbedarf . . . . .	"	"	"	117	117	117	118	118	118	118	119	119	119	119	119	120	120
<b>Preisindex f. d. Lebenshaltg.</b>																	
Gesamt <sup>11)</sup> . . . . .	BRD	1962 = 100	D	110,1	109,6	109,5	109,7	110,3	110,9	111,5	111,7	112,1	112,7	113,3	113,3	113,3	112,8
Nahrungs- u. Genußmittel . . . . .	"	"	"	111,8	110,1	109,4	109,2	110,2	111,3	111,6	111,5	111,9	112,5	113,5	113,5	112,8	111,3
Kleidung, Schuhe . . . . .	"	"	"	107,0	107,1	107,5	108,1	108,5	108,7	109,2	109,4	109,9	110,1	110,3	110,4	110,6	111,1
Wohnungsmiete . . . . .	"	"	"	118,5	119,2	119,6	120,7	120,9	121,0	125,4	126,3	126,8	128,6	128,8	129,2	130,5	130,7</